

Havixbeck, 18.06.2025

Es wird festgestellt, dass die Mitglieder des Ausschusses zu der heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen worden waren. Unter dem Vorsitz von Dr. Dirk Eikmeyer sind folgende Ausschussmitglieder anwesend:

Vorsitzender

Herr Dr. Dirk Eikmeyer

Bürgermeister

Herr Jörn Möltgen

Ratsmitglieder

Frau Elisabeth Annas

Frau Marlies Arning

Herr Peter Curtius

Herr Dirk Dirks

als Vertretung für Hrn. Richter

Herr Ludger Messing

Herr Heribert Overs

Frau Karin Rose

Herr Hubertus Spüntrup

Sachkundige Bürger

Frau Regina Böhm

als Vertretung für Hrn. Hermann

Frau Dr. Franziska Dittert

Herr Dr. Knut Metzler

Herr Hermann-Josef von Hövel

Sachkundige Einwohner

Frau Brigitte Rottmann-Teetz (Seniorenbeirat)

Protokollführerin

Frau Eva Jezewski

von der Verwaltung

Frau Anne Brodkorb

Herr Dirk Wientges

Es fehlen entschuldigt:

Ratsmitglieder

Herr Johannes Richter

Sachkundige Bürger

Herr Dominik Hermann



Frau Gertraut Birtel (Hospizbewegung)

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:28 Uhr

Zurzeit befinden sich 13 stimmberechtigte Personen im Sitzungssaal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Dr. Eikmeyer die anwesenden Mitglieder, die Presse und die anwesenden Bürger und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Beschlussfassung über Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung

Änderungen und Erweiterungen werden nicht vorgenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der letzten Ausschusssitzung

Einwendungen liegen nicht vor.

TOP 3

Bekanntgaben der Verwaltung

Herr Wientges berichtet zu folgenden Themen:

Sachstandsbericht Kläranlage

Turnusmäßig berichtet der Lippeverband im September über die Entwicklungen auf der Kläranlage.

Da in diesem Jahr aufgrund der Wahlen die Sitzungsfolge im September eventuell entfällt, wurden vorab Gespräche mit den Vertretern des Lippeverbandes geführt.

Dazu folgender Bericht:

Der für das Jahr 2026 veranschlagte Beitrag für den Betrieb und die Unterhaltung der Kläranlage beläuft sich auf 1.200.000,-€ und für das Jahr 2027 werden aktuell 1.400.00,-€ veranschlagt. Diese Zahlen können nach Auskunft aufgrund der Beitragsrücklage gehalten werden.

Die bautechnischen Arbeiten sind bis auf kleinere Restarbeiten abgeschlossen (EMSR*, BHKW, Maschinen -und Bautechnik)

Die PV – Anlage hat im Jahr 2024 insgesamt 39.241 kWh produziert. Im Jahr 2025 bis Ende Mai 15.500 kWh.

Bei der Prüfung und Inaugenscheinnahme des Faulturmes ist dort allerdings weiterer Sanierungsbedarf festgestellt worden. Somit stehen in den nächsten Jahren die Sanierung des Faulturmes und der Schlammsilos an. Weiter muss eine Auskolkung im Regenrückhaltebecken beseitigt werden. Eine Kostenschätzung liegt bislang nicht vor.

Die Verlegung der Druckrohrleitung von der Kläranlage in Tilbeck zur Kläranlage Havixbeck hat sich aufgrund von negativen Grundstücksverhandlungen verzögert. Der Trassenverlauf musste in einem Abschnitt neu geplant werden. Eine Ausschreibung der Arbeiten soll bis zum Ende dieses Jahrs erfolgen; die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Leitung ist bis Ende 2027 vorgesehen.

Das turnusmäßige Treffen auf der Kläranlage zwischen Vertretern der Verwaltung und des Lippeverbandes findet am 01.07.2025 statt.

Sollte Seitens der Politik eine Präsentation im UA nach den Wahlen gewünscht sein, bittet die Verwaltung um entsprechende Rückmeldung der Fraktionen.

TOP 4

Bericht des Bürgermeisters über Maßnahmen bei der Unterhaltung der gemeindlichen Grünflächen

Herr Wientges berichtet:

Rasenpflege

Die Pflege der Rasenflächen der Gemeinde Havixbeck wurden auf Grundlage des Pflegeplanes durchgeführt.

Pflegemaßnahmen an Straßenbegleitgrün

Die Banketten wurden gemäht und Sichtdreiecke werden aktuell freigeschnitten und geprüft.

Im Bereich der Stapeler Straße und an der Altenbergerstraße wurde je eine tote Linde entnommen und ersetzt.

Im Bereich Walingen wurde aus mehreren Eichen Totholz entfernt.

In Natrup sind drei durch das Eschentriebsterben stark befallene Eschen entnommen worden.

Auf Nachpflanzungen wurde aufgrund der Vielzahl von Wildausschlag verzichtet.

Grünpflege durch Fremdfirmen:

Die Pflegemaßnahmen durch die externen Dienstleister finden statt.

Eichenprozessionsspinner (EPS)

Bislang wurden durch den Bauhof zwei Befallsstellen festgestellt, die umgehend entfernt wurden.

TOP 5

Bekanntgaben des Ausschussvorsitzenden

Herr Dr. Eikmeyer äußert sich zum Projekt Bürgerbus Havixbeck. Er bedankt sich bei allen Ehrenamtlichen für das große Engagement. Das Projekt habe sich im Ort in kurzer Zeit etabliert und perspektivisch sei sogar eine Erweiterung des Angebots geplant.

TOP 6

Anfragen der Ausschussmitglieder gem. § 17 Abs. 1 GeschO

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

Herr Spüntrup verlässt wegen Befangenheit den Sitzungssaal. Es sind 12 stimmberechtigte Personen anwesend.

TOP 7

Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage (Bereich Havixbeck-Natrup)

Die Verwaltungsvorlage VO/117/2024 liegt vor.

Herr Dr. Eikmeyer fasst den bisherigen Verlauf des Beratungsprozesses aus den letzten Sitzungsfolgen zusammen. Trotz unterschiedlicher Positionen seien die Fraktionen unter bestimmten Bedingungen bereit, dem Projekt einer Freiflächen-Photovoltaikanlage im Bereich Havixbeck-Natrup zuzustimmen. Er sehe das Projekt als Baustein zu einer Energieautarkie der Gemeinde. Er bittet den Bürgermeister, über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Bürgermeister Möltgen erläutert, dass der Investor zunächst eine Projekt GmbH und Co KG gründe wolle, die dann das gesamte Projekt betreibe. Diese habe bis zu 25% der Gesellschaftsanteile einer lokalen Bürgerenergie-Genossenschaft zum Kauf angeboten.

Die Gründung und Verwaltung der Bürgerenergiegenossenschaft müsse die Verwaltung/Bürgerinnen selbst vornehmen. Die konkreten Rahmenbedingungen würden im Laufe des Prozesses festgelegt werden. Man ginge von einem Gesamtinvestitionsvolumen von 8,5 bis 9 Mio. Euro aus.

Eine E-Mail mit den aktuellen Informationen dazu hätte Bürgermeister Möltgen schon an alle Ausschuss- und Ratsmitglieder gesandt.

Anschließend diskutieren die Ausschussmitglieder:

Frau Dr. Dittert fragt, ob die 25% von der Gewinnausschüttung direkt an die Bürgerinnen fließen würden oder bereits ein Teilbetrag an eine übergeordnete Gesellschaft abgeführt werden müsse? Bürgermeister Möltgen erklärt, dass die Gewinnausschüttung an die örtliche Genossenschaft ginge. Die Kommune könnte sich an der Genossenschaft beteiligen.

Herr Dirks bittet den Ausschussvorsitzenden, den Beschlussvorschlag noch einmal vorzulesen. Herr Dr. Eikmeyer liest den Text vor. Daraufhin konstatiert Herr Dirks, dass eine Zustimmung zu diesem Beschluss eine Ablehnung des PV-Projekts bedeute. Dieses wolle man nicht, daher bat er um eine überarbeitete Sitzungsvorlage mit ergänzendem Sacherhalt und überarbeitetem Beschlussvorschlag.

Bürgermeister Möltgen wirft ein, dass dieser Beschlussvorschlag gefasst wurde, bevor es um eine Bürgerbeteiligung ging. Die landwirtschaftlichen Aspekte bezüglich der Flächen blieben bestehen.

Frau Rose erkundigt sich nach dem Firmenkonstrukt des Investors und fragt, ob sichergestellt sei, dass bei Ausschüttungen 25% an die Bürgerbeteiligung ginge? Bürgermeister Möltgen antwortet, dass der Investor eine lokale GmbH & Co. KG gründen würde an der sich mit 25% eine Genossenschaft beteiligen könne.

Frau Annas fragt, ob zusätzlich noch Gewerbesteuer fließen? Bürgermeister Möltgen bejaht dies.

Herr Curtius reicht einen Änderungsantrag ein. Im Beschlusstext soll das Wort „**nicht**“ gestrichen werden. Er begründet dies mit der möglichen Bürgerbeteiligung und der zu erwartenden Biodiversität auf den Flächen. Außerdem befürworte er eine im städtebaulichen Vertrag festgelegte Bauverpflichtung von 2-3 Jahren für die Realisierung des Projektes.

Herr von Hövel wirft ein, dass er den Änderungsantrag nachvollziehen könne, es aber dazu einer neuen Verwaltungsvorlage bedarf. Die ursprüngliche Verwaltungsvorlage mit dem Beschlusstext sei Makulatur, da sie nicht mehr auf dem aktuellen Stand sei. Es müsste eine neue Formulierung sowie eine neue Begründung vorgelegt werden, die u.a. auch die Möglichkeit der Bürgeranteile beinhaltet. Auch müsse über einen städtebaulichen Vertrag gesprochen werden. Er könne aufgrund der neuen Informationen heute nicht abstimmen.

Bürgermeister Möltgen weist darauf hin, dass er die Fraktionen regelmäßig über den neuesten Stand informiert habe. Seine heutigen Ausführungen wären seit langem bekannt.

Herr Dirks plädiert für einen städtebaulichen Vertrag mit Fristen zur Bauverpflichtung. Das Thema „Bürgerbeteiligung“ sehe er positiv. Eine Zustimmung könne er aber nur geben, wenn ein städtebaulicher Vertrag vorliegt.

Herr Messing stimmt dem Projekt grundsätzlich zu. Seine Frage ist noch, ob eine Beteiligung von 25% üblich sei oder wäre eine höhere Beteiligung möglich? Bürgermeister Möltgen erklärt, dass es in anderen Kommunen unterschiedliche Modelle gäbe. Für ihn sind die 25% Prozent ein guter Anteil.

Herr Dr. Metzler spricht die Unterstützung der FDP zum Projekt aus. Der Gesellschafter-vertrag müsse im Sinne der Gemeinde geregelt sein, so dass Anteile nicht anderweitig abfließen können.

Frau Rose meint ebenfalls, dass ein städtebaulicher Vertrag mit entsprechenden Fristen zum Baubeginn nötig sei.

Bürgermeister Möltgen wirft ein, dass es bereits Pachtverträge zwischen dem Eigentümer der Flächen und dem Investor gebe.

Herr Curtius wiederholt nochmals seinen Änderungsantrag. Die Bedingungen wie die Beteiligung mit 25 % und der Termin für den Baubeginn müssten an den Beschlusstext geknüpft werden.

Frau Brodkorb erläutert, das Verfahren eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens. Zudem müsse vertraglich festgelegt werden, dass es keinen Rechtsanspruch auf den Abschluss eines Bauleitverfahrens gibt. Im Rahmen eines Bauleitplans könne noch Unvorhersehbares passieren, was das Projekt verlängern oder zum Scheitern bringen könnte. Grundlage eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens sei immer ein städtebaulicher Vertrag, in dem Fristen geregelt werden. Rechtlich darf es keine Verknüpfung der Beteiligungsmöglichkeit mit der Bauleitplanung geben.

Bürgermeister Möltgen schlägt folgende Ergänzung zum Beschlusstext vor:

... in Kenntnis der vom Bürgermeister ausgeführten und zu Protokoll gegebenen Bürgerbeteiligungsverfahren-Möglichkeiten und in Erwartung eines bis zum Satzungsbeschluss vorzulegenden städtebaulichen Vertrages zu folgen.

Herr Dirks sieht sich aufgrund der Fülle der neuen Informationen nicht in der Lage, in dieser Sitzung über die Vorlage abzustimmen. Er schlägt eine Abstimmungsverschiebung in den Bauausschuss vor, um bis dahin die rechtlichen Fragen klären zu können.

Herr von Hövel wundert sich, dass die Vorlage, anders als seine heutigen Aussagen, eine Ablehnung des Projekts vom Bürgermeister intendiert. Die Begründung sei nicht schlüssig und korrespondiere nicht mit den heutigen Aussagen des Bürgermeisters.

Herr Dr. Eikmeyer erklärt drei Möglichkeiten des Abstimmungsprozesses

1. Abstimmung über den ursprünglichen Antrag
2. Abstimmung über einen veränderten Antrag
3. Abstimmung verschieben mit dem Auftrag an die Gemeinde, bis zum Bauausschuss eine neue Vorlage mit geänderten Beschlusstext zu erarbeiten

Herr Messing beantragt, dem Änderungsantrag von Herrn Curtius zu folgen und im Beschlusstext das Wort „**nicht**“ zu streichen. Bis zum Bauausschuss sollten weitere Informationen vorgelegt werden.

Der Bürgermeister pflichtet dem bei. Nach heutiger Abstimmung mit dem geänderten Text könnte die Verwaltung bis zum Bauausschuss eine Ergänzungsvorlage erarbeiten.

Herr Dr. Eikmeyer möchte zunächst darüber abstimmen, ob eine Abstimmung über einen geänderten Beschluss nach dem Vorschlag von Herrn Curtius und Herrn Messing erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis: dafür: 5, dagegen: 2, enth.: 5

Damit ist der Antrag angenommen und es wird im nächsten Vorgang über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Für mehrere Ausschussmitglieder ist der Abstimmungsprozess unverständlich.

Herr von Hövel zeigt seine Verwunderung über den Abstimmungsprozess und fordert, zunächst eine Ergänzungsvorlage zu erarbeiten.

Er verlässt den Sitzungssaal. Es sind nun 11 stimmberechtigte Personen anwesend.

Herr Dirks findet, dass heute keine Abstimmung möglich sei. Es fehlten die wichtigen Bedingungen im Beschlusstext.

Nochmals äußert sich Herr Messing, dass der Beschlussvorschlag positiv formuliert werden sollte. Wenn eine Ergänzungsvorlage gebe, könne darüber im Bauausschuss abgestimmt werden.

Herr Dr. Eikmeyer lässt nun über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Herr Dirks bittet nochmals um das Wort. Herr Dr. Eikmeyer erklärt, dass der Abstimmungsprozess bereits laufe und er keine weitere Wortmeldung zulasse. Herr Dirks verlässt den Sitzungssaal. Es sind 10 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Der Ausschussvorsitzende führt den bereits begonnen Abstimmungsprozess erneut durch.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende geänderte Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, dem Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens gemäß § 12 BauGB zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche in Havixbeck zu folgen.

Nach der Abstimmung betreten Herr Spüntrup, Herr von Hövel und Herr Dirks wieder den Sitzungssaal. 13 Stimmberechtigte sind wieder anwesend.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, Ja: 6 , Nein: 2 , Enthaltung: 2 , Befangen: 1

TOP 8

Antrag 2024-BHH-072-164 Antrag auf Förderung der Entsiegelung und Begrünung von Flächen bei Privathaushalten und Gewerbebetrieben

Die Verwaltungsvorlage VO/051/2025 liegt vor.

Herr Dr. Metzler beantragt, die Vorlage in die nächste Amtsperiode zu schieben. Er sieht eine Arbeitsüberlastung der Verwaltung.

Der Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: ja: 1, nein: 12
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt Herr Dr. Eikmeyer über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Gemeinde Havixbeck unterstützt ausdrücklich die Initiativen von Privathaushalten und Gewerbetreibenden zur Entsiegelung von Flächen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Informationen über Förderprogramme zur Entsiegelung und Begrünung von Flächen bei Privathaushalten und Gewerbebetrieben zu ermitteln und die Informationen den Bürgern bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja: 12, Enthaltung: 1

TOP 9

Einrichtung eines Grabfeldes für Baumbestattungen auf dem gemeindlichen Friedhof

Die Verwaltungsvorlage VO/075/2025 liegt vor.

Frau Brodkorb berichtet, dass es einen Beschlussvorschlag aus dem Jahre 2021 gebe, es aber an der Widmung und weiteren Umsetzung fehle. Daher habe die Verwaltung den Beschlussvorschlag noch einmal zur Abstimmung vorgelegt.

Frau Rose zeigt sich erfreut über die Verwaltungsvorlage.

Frau Arning erkundigt sich, für welche Arbeiten genau der Betrag von 10TE benötigt werde? Dazu erklärt Frau Brodkorb, dass es noch einiges zu tun gebe, wie einen Baum nachpflanzen, Hecke pflanzen und eine Wegefläche pflastern. Der Betrag sei ausschließlich für die benötigten Materialkosten kalkuliert worden.

Herr von Hövel fragt, ob eine genauere Terminierung festgelegt werden könne? Bürgermeister Möltgen erläutert, dass die Prioritäten erstmals auf der Sanierung der Pflastersteine auf dem alten Friedhof liege. Die Fläche für die Baumbestattungen sei für die 2. Jahreshälfte geplant.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Zur Schaffung von Bestattungsmöglichkeiten für Urnen am Fuße von Bäumen werden die Grabfelder Baumfeld I und II, entsprechend der der Sitzungsvorlage VO/075/2025 beigefügten Planungen, als Wiesenurnenreihengräber bzw. Wiesenurnenwahlgräber gewidmet.

Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Arbeiten zur Umsetzung des Grabfeldes für Baumbestattungen durchzuführen, so dass ab 2026 dort Beisetzungen stattfinden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja: 13

TOP 10

Entscheidung über den Erhalt raumbedeutsamer Gehölz

Die Verwaltungsvorlage VO/071/2025 liegt vor.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, die Entfernung und den Rückschnitt der raumbedeutsamen der in der Begründung genannten Gehölze (Baum 1, 3a, 3b, 4 und 5), aus Gründen des Baumschutzes nicht durchzuführen.

Die Entfernung des Baumes 2 erfolgt unter folgenden Voraussetzungen:

- **Bestätigung der Eintragung einer Baulast für die zwei Bäume auf dem Baugrundstück (vor Fällung) durch den Antragsteller**
- **Bestätigung der Übernahme der Kosten zur Fällung des Baumes Nr. 1540 durch den Antragsteller**
- **Bestätigung der Übernahme der Kosten zur Herrichtung der Einfahrt durch den Antragsteller**
- **Bestätigung der Kostenübernahme zur Pflanzung eines Baumes, einschließlich Herstellung der Pflanzgrube im Bereich Ihres Grundstückes am Gennericher Weg durch den Antragsteller.**
Die Baumart und -größe ist mit der Verwaltung im Vorfeld abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja: 13

TOP 11

Umrüstung Straßenbeleuchtung der Gemeinde Havixbeck Ergänzungsvorlage zu VO/036/20252

Die Verwaltungsvorlage VO/073/2025 liegt vor.

Herr Dr. Eikmeyer erläutert, dass die Vorschläge aus der letzten Ausschusssitzung und der letzten Ratssitzung teilweise in den Beschluss eingeflossen seien.

Herr Wientges weist auf die Änderung der VO/073/2025 auf der Seite 2 hin. Diese sei allen Ausschuss- und Ratsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt worden. Im Weiteren stellt Herr Wientges die Möglichkeiten einer intelligenten Steuerung der Straßenbeleuchtung vor. Sagt aber, dass eine einmal gewählte Farbtemperatur herstellungsbedingt nicht mehr geändert werden könne.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

1. Der Gemeinderat beschließt, die Umrüstung auf LED Köpfe mit einer Farbtemperatur von max. 3000 Kelvin (K) inkl. einer intelligenten Steuerung

2. Der Gemeinderat beschließt gemäß der Anträge 2024 – BHH - 004, 066, 075, 078, 093, 174, 192 das Konzept der GELSENWASSER Energienetze GmbH zur Umrüstung aller Leuchtstellen auf regelbare LED-Beleuchtung innerhalb eines Haushaltsjahres.

Es soll sehr zeitnah ein Förderantrag über die Kommunalrichtlinien gestellt werden um ggf. zusätzlich Mittel gemäß der „Verordnung zur Erstattung von Beitragsausfällen der Kommunen bedingt durch das Beitragserhebungsverbot nach § 8 KAG“ erstattet zu bekommen.

Die erforderlichen finanziellen Mittel sind im Haushalt abzubilden und evtl. zu erwartenden Rückerstattungen sind im Haushalt dazulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja: 13

TOP 12

Bau eines separaten Radweges an der Münsterstraße und kurzfristige Erweiterung des Schutzstreifens

Die Verwaltungsvorlage VO/074/2025 liegt vor.

Herr Dirks spricht sich für eine Schiebung der Abstimmung aus, um die Möglichkeit für weitere Gespräche mit dem adfc, der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde zu haben.

Frau Böhm weist auf eine gefährliche Stelle am Kreisverkehr Laubrock hin, wo man die Straße queren muss, um auf den anderen Radweg zu kommen.

Herr Messing wäre über eine Lösung bis zum Kreisel Laubrock froh. Für ihn wäre der Bau eines neuen Radweges wichtiger, da dieser eine Aufwertung des Baugebiets mit sich ziehe.

Bürgermeister Möltgen schlägt eine Ortsbegehung vor. Treffpunkt solle der Kreisverkehr Münsterstraße/Schützenstraße sein; Termin der 24.06.2025 um 18.00 Uhr. Er werde die Ausschussmitglieder des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Mobilität, Energie und Nachhaltigkeit sowie des Ausschusses für Bauen, Planung und Wohnen per E-Mail einladen.

Frau Rose begrüßt die Verwaltungsvorlage. Vielleicht könnte die provisorische Lösung (Aufbringung der Kennzeichnung eines Radfahrstreifens auf der Fahrbahn) als Dauerlösung dienen, falls dies gut funktionieren würde.

Herr Curtius findet einen Ortstermin sinnvoll. Er schlägt vor, über den ersten Teil des Beschlussvorschlages abzustimmen und über den zweiten Teil dann nach dem Ortstermin und weiteren Beratungen.

Herr Dr. Metzler weist darauf hin, dass ein gegenläufiger Rad- und Fußweg auch im Bereich der Altenberger Straße vorhanden ist.

Herr Messing spricht sich dafür aus, die Verwaltungsvorlage heute zu beschließen.

Herr Dirks bekräftigt den Beratungsbedarf in der Fraktion und bittet darum, die Verwaltungsvorlage zu schieben

Herr Dr. Eikmeyer lässt über den Antrag, die Abstimmung zu schieben, abstimmen:

Abstimmungsergebnis: ja: 6, nein: 7
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt er über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

- 1. Der Rat der Gemeinde Havixbeck nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur kurzfristigen Erweiterung des Schutzstreifens auf der Münsterstraße bis zum Kreisverkehr Laubrock zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt die erforderliche verkehrsrechtliche Genehmigung zu erwirken und nach Vorliegen der Genehmigung die Markierung auf die Straßendecke aufzubringen.**
- 2. Der Rat der Gemeinde Havixbeck nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur langfristigen Planung (Bau eines separaten Radweges) zur Kenntnis. Auf Grundlage der Planunterlagen (Anlage 4) wird die Verwaltung beauftragt die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Baues eines Radweges auf der westlichen Straßenseite einzuleiten und die erforderlichen Mittel bei der Haushaltsplanung 2026/ 2027 zu berücksichtigen.**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, Ja: 7, Nein: 6

TOP 13

Erstellung eines ländlichen Wegenetzkonzeptes für die Gemeinde Havixbeck Maßnahme als Ergänzung zum Mobilitätskonzept

Die Verwaltungsvorlage VO/076/2025 liegt vor.

Herr Spüntrup erklärt die Unterstützung der CDU-Fraktion zu diesem Beschlussvorschlag. Die Verwaltung solle den Termin für den Förderantrag im Blick behalten. Wie sehe ein Mitwirkungsverfahren der Anlieger aus? Könnten größere, zusammenhängende Wege herausgenommen werden?

Inwieweit Wegeflächen rausgenommen werden könnten, müsse bei Beginn des Verfahrens geklärt werden. Ein Beteiligungsverfahren werde auf jeden Fall durchgeführt.

Frau Rose erklärt, dass die SPD-Fraktion schon früher auf ein Wegekonzept gedrängt hätte und sie deshalb die Verwaltungsvorlage positiv sehe.

Herr Curtius bringt zwei Aspekte ein:

1. Es sollte geprüft werden, ob Radwege auch für den "normalen" Radverkehr als Verbindungswege zu nutzen wären. Dies könnte zur Entlastung der übrigen Radstrecken führen.
2. Es solle eine Bestandserfassung von Hecken und insektenfreundlichen Bepflanzungen erfolgen.

Eine Bestandsaufnahme sei bereits im Landschaftsplan des Kreises Coesfeld vorhanden, erklärt Frau Brodkorb.

Herr von Hövel merkt an, dass es ein Wegekonzept für die Baumberge gibt? Er erkundigt sich, wann und zu welchem Zeitpunkt die Verwaltung plane auch die Grundstückseigentümer einzubeziehen, die eine große Anzahl von Wegeflächen in Ihrem Eigentum haben.

Frau Brodkorb erläutert, dass alle Eigentümer, unabhängig von der Flächengröße, im Laufe des Verfahrens informiert werden und Gespräche geführt werden.

Frau Rottmann-Teetz fragt, ob die Wege später in einer Karte zu sehen seien? Frau Brodkorb antwortet, dass die Wege im Nachgang auf Karten erfasst werden.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, für die Gemeinde Havixbeck ein ländliches Wegenetzkonzept erarbeiten zu lassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im August 2025 die Ausschreibung für die Vergabe des Konzeptes durchzuführen sowie einen Förderantrag zur Erarbeitung des ländlichen Wegenetzkonzeptes vorzubereiten und bis zum Stichtag am 31.10.2025 bei der Bezirksregierung in Münster einzureichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja: 13

TOP 14

Umsetzung eines Kalt Nahwärmenetzes im Baugebiet Masbeck

Die Verwaltungsvorlage VO/068/2025 liegt vor.

Herr Curtius begrüßt den Bericht. Er sieht in der Umsetzung der Kalt-Nahwärmenetzes eine zukunftsorientierte Energieversorgung für die Gemeinde.

Auch Herr Spüntrup spricht die Unterstützung der CDU-Fraktion aus. Er kritisiert aber, dass es keine Alternative zum Anbieter GELSENWASSER gebe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 15

Kommunale Wärmeplanung: Beschluss zur Suche eines externen Dienstleisters

Die Verwaltungsvorlage VO/044/2025 liegt vor.

Herr Dr. Metzler beantragt, die Vorlage in die nächste Amtsperiode zu schieben. Momentan sei unsicher, ob das Bundesgesetz so bleibe und der Zeitrahmen weiterhin eingehalten werden kann.

Herr Spüntrup erklärt, dass die CDU ebenfalls für eine Verschiebung des Themas sei. Durch die neue Bundesregierung könnten noch Gesetzesänderungen kommen.

Fru Brodkorb erklärt, dass bei diesem Thema momentan keine Fristen einzuhalten seien. Einer Verschiebung stünde nichts im Wege.

Herr Dr. Eikmeyer lässt darüber abstimmen
Abstimmungsergebnis ja: 6, nein: 5, enth: 2

Somit wird die Verwaltungsvorlage geschoben.

Bürgermeister Möltgen verlässt den Sitzungssaal.

TOP 16

Anfragen der Ausschussmitglieder gem. § 17 Abs. 2 GeschO

Die Ausschussmitglieder stellen folgende Anfragen:

Herr Messing weist auf die Verkehrssituation Schulstraße / Geschwister-Scholl-Str. Das Schild "Vorfahrt achten" wäre nicht mehr dort, so dass hier das Aufstellen eines Schilds "Vorfahrt achten" nötig werde.

Die Verwaltung wird sich darum kümmern.

Frau Arning weist daraufhin, dass die Lautsprecheranlage am Friedhof nicht funktioniere. Die Verwaltung wird das abklären.

Herr Curtius erkundigt sich nach dem Stand des Brückenbaus am Zitterbach.

Herr Wientges führt dazu aus, dass aufgrund größerer Baugeräte eine Sperrung nötig gewesen sei. Momentan warte man auf Fertigteile die in der 27. KW geliefert werden sollen.

Des Weiteren weist Herr Curtius auf die Brücken am Schlautbach hin. Die Brücken sollten seiner Meinung nach geprüft werden, da die mittlere Brücke Risse hätte.

Herr Wientges wird dies prüfen lassen, grundsätzlich würden die Brücken turnusmäßig geprüft.

Herr Spüntrup erkundigt sich, ob die Wegesanierung auf dem Friedhof voran geht. Herr Wientges antwortet, dass hierzu momentan ein Konzept erarbeitet werde.

Frau Annas fragt, ob die entnommene Esche in Natrup neu gepflanzt werde? Herr Wientges verneint dies.

Außerdem erkundigt sie sich nach den Maßnahmen der Verwaltung zum Rattenproblem im Zentrum.

Frau Brodkorb erklärt, dass die Gemeinde mit entsprechenden Firmen im Gespräch sei. Es werde ein Gesamtkonzept für die beiden Ortslagen angestrebt. Zu dem Thema gebe es dann weitere Informationen auf der Homepage der Gemeinde.

Herr Overs fragt nach dem Sachstand zur Gräfte in Hohenholt.

Herr Wientges erklärt, dass eine Probe des anstehenden Schlammes entnommen und analysiert worden sei. Das Ergebnis liege vor. Die weitere Abstimmung erfolge nun mit der unteren Naturschutz- und Wasserbehörde.

Des Weiteren weist Herr Overs auf ein Parkpöblem in Hohenholte hin. In der Nähe des Feuerwehrgerätehauses würden regelmäßig PKWs zwischen den Pollern parken. Frau Brodkorb wird eine Prüfung des ruhenden Verkehr veranlassen.

Herr Dirks schildert, dass sich Einwohner bei ihm gemeldet hätten, die die fehlende Mülltrennung von den Bewohnern der Flüchtlingunterkünfte kritisierten. Herr Wientges erklärt, dass die Fachbereiche II und III in den Thema involviert seien; das Problem sei allerdings momentan nicht zu lösen.

Herr Dr. Metzler spricht an, dass an der Münsterstraße – ortsauswärts, hinter der Tankstelle oft Fahrzeuge parken würden. Frau Brodkorb weist darauf hin, dass man sich in solchen Fällen an das Ordnungsamt wenden könne, sie würde es aber weitergeben.

Unterschriften:

gez.: Dr. Dirk Eikmeyer
Ausschussvorsitzender

gez.: Eva Jezewski
Schriftführerin

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Havixbeck, 10.07.2025

Eva Jezewski
Gemeindeangestellte